

Univ.-Prof. Dr. Heinz Faßmann
Bundesminister

Minoritenplatz 5, 1010 Wien

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.839.048

Ihr Zeichen: 50/PET-NR/2020

Wien, 10. Februar 2021

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen hat im Zuge der Vorberatungen in Bezug auf die Petition 50/PET betreffend „Demokratie- & Menschenrechtsbildung jetzt!“ (50/PET-NR/2020) in seiner Sitzung am 3. Dezember 2020 beschlossen, mein Ministerium binnen acht Wochen zu einer schriftlichen Stellungnahme zur gegenständlichen Petition, ho. einlangend am 17. Dezember 2020, einzuladen.

Die gegenständliche Petition fordert eine Stärkung der schulischen Politischen Bildung und dafür etwa Demokratie- und Menschenrechtsbildung als eigenes Unterrichtsfach sowie als durchgängiges Unterrichtsprinzip.

Durch das Unterrichtsprinzip Politische Bildung ist der zweite Punkt bereits erfüllt. Neben dem Unterrichtsprinzip als fächerübergreifendes Thema ist Demokratie- und Menschenrechtsbildung als zentraler Teil der Politischen Bildung insbesondere im Sachunterricht und in den Fächern zur Politischen Bildung verankert. Dies zum Beispiel in der Sekundarstufe I als „Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung“ oder in der Berufsschule im Unterrichtsgegenstand „Politische Bildung“. Zur weiteren Verankerung der Politischen Bildung in den Lehrplänen wird auf die unter [https://www.politiklernen.at/dl/qsmmJKJKoMlKnJqx4KJK/Politische Bildung in den Schulen tab bersicht Stand_September_2020_pdf](https://www.politiklernen.at/dl/qsmmJKJKoMlKnJqx4KJK/Politische_Bildung_in_den_Schulen_tab_bersicht_Stand_September_2020_pdf) abrufbare Kurzinformation aufmerksam gemacht. Als dritter Pfeiler ist eine gelebte Schuldemokratie ein wesentlicher Beitrag für eine gelingende Demokratiebildung.

Zweifellos braucht es zur wirkungsvollen Umsetzung von Politischer Bildung verschiedenste Maßnahmen. Diese umfassen als Langzeitstrategie die Qualifikation der Pädagoginnen und Pädagogen, aber auch Unterstützungsangebote, die auf aktuelle Themen und Fragestellungen reagieren sowie bedeutende Politikbereiche (beispielsweise Europapolitik) berücksichtigen. Mit der Serviceeinrichtung „Zentrum polis – Politik Lernen in der Schule“ hat das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung eine Einrichtung geschaffen, die mit einer breiten Palette an Lehr- und Lernmaterialien die einzelnen Lehrkräfte im täglichen Unterricht begleitet und die auch für die Aus-, Fort- und Weiterbildung genutzt werden können.

Hinzuweisen ist auch auf die Anlage zu § 74a Abs. 1 Z 4 des Hochschulgesetzes 2005 zur Gestaltung der Curricula von Bachelor- und Masterstudien für das Lehramt. Dort findet sich das Thema Demokratie und Menschenrechte im Rahmen der Querschnittsmaterie „Politische Bildung“ womit gewährleistet ist, dass die zentralen Werte, an denen sich die österreichische Schule orientiert - wie etwa die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die UN-Kinderrechtskonvention, die UN-Behindertenrechtskonvention oder § 2 Schulorganisationsgesetz als Zielparagraf vermittelt werden.

Politische Bildung und Demokratieerziehung ist zudem ein Schwerpunktthema in der Fort- und Weiterbildung von Lehrpersonen aller Schularten. An den Pädagogischen Hochschulen werden diesbezüglich zahlreiche bedarfsorientierte Lehrveranstaltungen und schulinterne sowie schulübergreifende Veranstaltungen (Schilf/Schülf), aber auch Hochschullehrgänge angeboten. Das Themenspektrum umfasst z.B. Friedenspädagogik, Interkulturelles Lernen, Globales Lernen, Umweltbildung und Global Citizenship Education.

Zwischen 250 und 300 Lehrveranstaltungen werden zu diesen Themen pro Studienjahr angeboten (Schnitt der Studienjahre 2017/18 bis 2020/21).

An der Österreichischen UNESCO Kommission wurde ein Fachbeirat „Transformative Bildung“ eingerichtet, der durch institutionsübergreifende Expertise und inhaltliche Beratung einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung des SDG 4.7 leistet, das die Kompetenzbildung unter anderem im Bereich Menschenrechte sicherstellen soll.

Mit dem NCoC für Gesellschaftliches Lernen an der Pädagogischen Hochschule Salzburg besteht zudem eine wissenschaftliche Forschungseinrichtung, die die Qualität von Geschichts- und Politikunterricht nachhaltig verbessern soll.

Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung sieht die Politische Bildung als unverzichtbar an und stellt sicher, dass in der neuen Lehrplangeneration für die Primar- und Sekundarstufe I das Unterrichtsprinzip noch deutlicher verankert wird.

Mit besten Grüßen

